

Gemeinsam den Fortschritt gestalten

Die Welt verändert sich rasant. Wir wollen diese Veränderungen aktiv begleiten und gestalten, damit sich das Leben der Menschen verbessert und die Gesellschaft als Ganzes vorankommt. Das ist der gemeinsame Fortschrittsgedanke unserer Koalition. Unser Ziel ist es, vorausschauend zu handeln statt lediglich reaktiv Politik zu betreiben; nicht nur ad hoc Krisen zu managen, sondern die gesellschaftliche Widerstandskraft zu stärken, Raum für politische Reformen zu schaffen und die Zukunft zu gestalten.

Für ein starkes und gerechtes Gesundheitssystem. Absoluten Vorrang hat die Überwindung der Corona-Pandemie und der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger sowie die Stärkung der Gesellschaft und der Wirtschaft. Impfen ist der Weg aus der Pandemie. Unser Ziel ist es, die bestehende Impflücke weiter zu schließen und noch mehr Menschen vom Nutzen einer Impfung zu überzeugen. Die parlamentarischen Beratungen zur Impfpflicht werden wir zügig und mit der gebotenen Sorgfalt voranbringen. Mit allen Kräften stemmen wir uns gemeinsam gegen die aktuelle Omikron-Welle und sorgen dafür, dass unser Gesundheitssystem auch diesmal der Herausforderung trotzt. Doch werden wir auch Lehren aus den Pandemieerfahrungen ziehen und das Gesundheitswesen so reformieren, dass wir noch besser auf künftige Aufgaben vorbereitet sind. Die Arbeitsbedingungen, insbesondere die der Pflegekräfte, werden wir verbessern und dafür sorgen, dass eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle bezahlbar bleibt.

Für eine umfassende Pandemiebekämpfung. Die durch die Coronapandemie stark betroffenen Wirtschaftszweige, besonders die Tourismus- und Kulturbranche, werden wir weiter unterstützen und zukunftsfähig machen. Die Pandemie ist eine globale Herausforderung und kann als solche auch nur global gelöst werden. COVID-19 birgt die Gefahr sich zu einer Poly Pandemie zu entwickeln, die nicht nur die globale Gesundheit, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung, Frieden, Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zahlreicher Länder bedroht. Deshalb setzen wir uns für eine globale Überwindung der Pandemie ein.

Wie wir an der aktuellen Virusmutation Omikron beobachten können, haben wir auch ein Eigeninteresse an weltweiter Impfgerechtigkeit. Es reicht nicht aus, nur den globalen Norden zu immunisieren. Deshalb setzen wir uns verstärkt für die gerechte Impfstoffverteilung im Rahmen der COVAX-Initiative ein. Eine Priorität muss außerdem die lokale Impfstoffproduktion in den Ländern des globalen Südens haben. Dafür setzen wir weiter verstärkt auch auf das freiwillige Engagement von Unternehmen aus Deutschland. Es wird außerdem auf Unterstützung bei der Finanzierung, Ausbildung von Fachkräften und Wissenstransfers der mRNA-Technologie ankommen.

Für mehr Respekt, soziale Sicherheit und gleiche Chancen. Dazu gehört ein Einkommen, das für ein Leben und ein Alter in Würde reicht. Deshalb werden wir den Mindestlohn noch dieses Jahr auf 12 Euro erhöhen. Der Bund geht in Sachen Tariftreue als Vorbild voran und wird zukünftig seine Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben. Wir setzen uns für einen Sozialstaat ein, der die Bürgerinnen und Bürger absichert, aber auch dabei unterstützt, neue Chancen im Leben zu ergreifen. Die Rente muss verlässlich und auskömmlich sein, darum sichern wir das Rentenniveau und ergänzen sie um kapitalgedeckte Elemente. Wir erneuern mit dem Bürgergeld das System der Grundsicherung. Außerdem werden wir bezahlbaren und klimagerechten Wohnraum – auch durch serielles Bauen und Renovieren – durch Neubau und im Bestand schaffen. Mit der Kindergrundsicherung Kinder aus der

Armut holen. Bis so eine grundlegende Reform der Familienförderung umgesetzt ist, werden wir kurzfristig einen Zuschlag für bestimmte Familien einführen. Gleichzeitig werden wir die Familien insgesamt stärken: Wir entlasten Eltern beim täglichen Spagat zwischen Beruf und Familie, indem wir etwa die Partnermonate beim Elterngeld um einen Monat ausweiten. Und wir passen den Familienbegriff an gelebte Realitäten an.

Wir bringen außerdem das BAföG auf Vordermann: Wir erhöhen Freibeträge und Bedarfssätze deutlich, heben Altersgrenzen an, verlängern Förderhöchst dauern und senken den Darlehensteil ab. Und wir schaffen einen elternunabhängigen Garantiebetrug für volljährige Anspruchsberechtigte, der direkt an die Studierenden ausgezahlt wird. Damit stärken wir den Zugang zu Hochschulen für junge Erwachsene aus allen Einkommensschichten und machen das BAföG wieder zu einem Förderinstrument für echte Bildungschancen. Ein umfassendes Ausbildungsversprechen setzen wir um durch die Schaffung einer Ausbildungsgarantie für alle Schulabgängerinnen und -abgänger. Damit sind auch die Grundlagen geschaffen für unser Ziel, Weiterbildungsrepublik zu werden und Rechte und Förderinstrumente für Qualifizierung im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt umfassend auszubauen.

Für ein vielfältiges Gesellschafts- und modernes Familienrecht. Eine Gesellschaft ist dann stark, wenn sich alle in ihr entfalten können. Wir werden die Einbürgerung vereinfachen und die Mehrfach-Staatsbürgerschaft möglich machen und damit auch formal zeigen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Wir werden das Gesellschafts- und Familienrecht an die gewandelte Gesellschaft und ihre Lebensformen anpassen und das Recht auf Selbstbestimmung stärken: Wir streichen den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches ersatzlos und schaffen damit das sogenannte „Werbeverbot“ für Schwangerschaftsabbrüche ab und ermöglichen den Zugang zu fachlichen Informationen. Wir ersetzen das Transsexuellengesetz durch ein Selbstbestimmungsgesetz und erkennen auch neue Formen des Zusammenlebens von Menschen und Verantwortungsgemeinschaften an.

Für einen starken Rechtsstaat und eine vielfältige, lebendige Demokratie. Mit dem Demokratiefördergesetz werden wir unsere Demokratie dauerhaft stärken, indem wir zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte nachhaltig absichern. Wir werden antidemokratischen, menschenverachtenden Tendenzen, insbesondere auf Social Media-Plattformen, entschieden entgegenzutreten, und den Kampf gegen den Rechtsextremismus auf allen Ebenen führen, auch indem wir strukturschwache Regionen stärken. Wir legen bis Ostern einen Aktionsplan Rechtsextremismus vor und treiben mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat samt Digitalpakt Personalaufbau und Digitalisierung voran. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik bildet eine Klammer aus starker Zivilgesellschaft und handlungsfähigem Staat in der wehrhaften Demokratie. Mehr Sicherheit ist das Fundament sozialdemokratischer Fortschrittspolitik. Kulturelle und künstlerische Impulse befördern den Aufbruch unserer Gesellschaft, sie können inspirieren und öffentliche Debattenräume schaffen. Wir werden den durch die Pandemie geschwächten Kulturbereich und Kunst- und Kulturschaffende stützen – auch durch ein „Plenum der Kultur“. Gleiches gilt für den Sport, der in der Pandemie für Gesundheit und gesellschaftliches Miteinander wichtiger ist denn je. Wir wollen den Breitensport stärken und die Investitionen in Sportstättenbau- und Sanierung erhöhen.

Für sozialen Klimaschutz und eine zukunftsfähige Wirtschaft. Unsere Unternehmen und Betriebe können nur dann international wettbewerbsfähig bleiben, wenn die Transformation hin zum klimaneutralen Wirtschaften gelingt und gut bezahlte, zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch im Schiffbau und der gesamten maritimen Industrie eine langfristige erfolgversprechende Perspektive und werden dafür eine Maritime Strategie entwickeln. Klar ist auch, dass der Schlüssel für eine klimaneutrale Zukunft im maximalen Ausbau der erneuerbaren Energien liegt. Wir wollen deshalb erreichen, dass zwei Prozent der Landesfläche für Wind an Land vorgehalten werden. Ein Solarbeschleunigungspaket soll alle geeigneten Dachflächen künftig für die Solarenergie nutzbar machen. Um Planungen zu beschleunigen, werden wir gesetzlich verankern, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse ist, der öffentlichen Sicherheit dient und künftig Vorrang hat. Gleiches gilt für den Umbau der Verkehrsinfrastruktur, für den eine Beschleunigung

ebenfalls zentral wichtig ist. Für den unter Klimaschutzaspekten ebenso notwendigen Umbau der Landwirtschaft werden wir aufbauend auf den Empfehlungen der Zukunftskommission und der Borchert-Kommission unsere Landwirtschaft grundlegend reformieren. Nur wenn die Kosten des Klimaschutzes in der Gesellschaft sozial gerecht geteilt werden, werden die Menschen in unserem Land die Veränderungen annehmen und akzeptieren können.

Wissenschaft und Forschung leisten einen zentralen Beitrag zur Bewältigung der Transformation und Schaffung von Fortschritt. Dafür brauchen wir überall im Land starke Hochschulen. Wir wollen den Anteil der gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des BIP erhöhen und Innovation und Transfer von der Grundlagenforschung bis in die Anwendung fördern und beschleunigen. Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind Qualitätsmerkmale und Wettbewerbsfaktoren im Wissenschaftssystem.

Für bezahlbare Energie. Die aktuell insbesondere über internationale Märkte mit fossilen Rohstoffen getriebene Entwicklung der Energiepreise werden wir sorgfältig im Blick behalten und dort, wo nötig, insbesondere mit Blick auf die niedrigen Einkommen, unterstützend eingreifen. Auch die bestehenden Regelungen auf dem Strommarkt werden wir diesbezüglich überprüfen. Die Entwicklung der Endkundenstrompreise federn wir über eine Absenkung und Abschaffung der EEG-Umlage bis 2023 ab. Das entlastet die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft. Infolgedessen kann dann auch die Nutzung von Strom bei der E-Mobilität oder Wärmeversorgung günstiger werden. Für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger wird es einen Heizkostenzuschuss von mindestens 135 Euro geben. Weiterhin sind die faire Aufteilung der CO₂-Mehrkosten beim Heizen sowie der Ausbau und die Modernisierung des Öffentlichen Nahverkehrs wichtige Projekte, die wir noch in diesem Jahr angehen werden. Die Schaffung einer nationalen Erdgasreserve werden wir prüfen.

Für ein einiges Europa und einen starken Multilateralismus. Wir wollen insbesondere auch die französische Ratspräsidentschaft nutzen, um gemeinsam Zusammenhalt und Zukunftsinvestitionen in Europa zu stärken. Wir wollen mit unseren europäischen Partnern das europäische Wiederaufbauprogramm „Next Generation EU“ zügig und zukunftsgerichtet umsetzen, neue EU-Eigenmittel zu seiner Finanzierung entwickeln, den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt weiterentwickeln sowie die Bankenunion schrittweise vertiefen und vollenden. Wir setzen uns für eine Wiederbelebung der internationalen Abrüstung und Rüstungskontrolle ein. Gerade in Zeiten neuer Spannungen brauchen wir eine neue Entspannungspolitik. Nicht nur unsere Sicherheit, auch der Schutz unserer Lebensgrundlagen und der Menschenrechte erfordern globale Zusammenarbeit, eine Stärkung der Vereinten Nationen sowie eine regelbasierte internationale Ordnung.

Für einen leistungsfähigen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Wir stellen uns den jetzt schon spürbaren Auswirkungen der Klimaerwärmung entgegen und schützen uns vor künftigen Naturkatastrophen. Dazu bündeln wir die Kräfte im Katastrophenschutz, entwickeln das Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zur zentralen Koordinierungsstelle und statten es mit besserer personeller und materieller Ausstattung aus.

Für mehr Steuergerechtigkeit und eine faire Altschuldenlösung. Wir führen den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche entschlossen weiter – etwa durch die Einführung einer Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass die globale Mindestbesteuerung bis zum Sommer in der Europäischen Union beschlossen und dann zügig in deutsches Recht umgesetzt wird. Wer in Deutschland sein Geld verdient, muss auch seinen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Damit Kommunen weiterhin leistungsstark und handlungsfähig sind, setzen wir uns dafür ein, dass bereits im ersten Halbjahr 2022 auf Basis eines konkreten Vorschlags Gespräche über eine faire Altschuldenlösung mit den Bundesländern beginnen.

Für ein modernes Parlament. Die Wahlrechtskommission werden wir zeitnah einsetzen und die Arbeit an der Reform des Wahlrechts vorantreiben, um die Vergrößerung des Deutschen Bundestages wirksam zu begrenzen und die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre sowie die paritätische Repräsentanz von Frauen und Männern auf den Weg zu bringen. Das parlamentarische Fragerecht und das Petitionsrecht wollen wir überarbeiten. Unser Ziel ist, die Fragestunde und die Befragung der Bundesregierung dynamischer zu gestalten und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Petitionsrecht zu stärken. Wir werden das Lobbyregistergesetz nachschärfen und den Einfluss Dritter auf den Gesetzgebungsprozess transparent machen (sog. Fußabdruck).

Die 20er Jahre zu einem Jahrzehnt des Aufbruchs und des Fortschritts machen.

Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen und Aufgaben. Diese wollen wir als Fraktion zusammen mit der SPD-geführten Bundesregierung unter Olaf Scholz und mit unseren Koalitionspartnern gemeinsam bewältigen. Vor uns liegt ein Jahrzehnt des Aufbruchs, das wir zu einer Dekade des sozialen, sicheren und nachhaltigen Fortschritts in Deutschland und Europa machen werden. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, der Umbau unserer Wirtschaft zu einer nachhaltigen sozial-ökologischen Marktwirtschaft und die Wahrung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft sind immense Aufgaben, die wir nur gemeinsam bewältigen können.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben vielfältige unterschiedliche Traditionen und Sichtweisen. Gemeinsam haben wir uns zum Ziel gesetzt, uns den großen Aufgaben unserer Zeit zu stellen und gesellschaftlichen Fortschritt zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu gestalten.